



JÜRGEN RITTER / IMAGO

Flughafen Berlin Wacklige Prognosen

Die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg räumt Kapazitätsprobleme am Flughafen BER ein. Der Airport ist für jährlich 22 Millionen Passagiere geplant, wird aber schon bei seiner Eröffnung 27 Millionen Passagiere pro Jahr abfertigen müssen. Dies sei durch „Lerneffekte“ und „Optimierungsmaßnahmen“ angeblich möglich. So steht es im vertraulichen Bericht, der den Eigentümern am

16. August vorgelegt wurde. Höhere Fluggastzahlen erforderten jedoch eine „erhöhte Stabilität von Prozessen“ am Flughafen.

Doch genau dies kann der BER vermutlich nicht bieten. So fehlt es an Abfertigungspositionen für Flugzeuge. Bleibt eine Maschine liegen, seien laut Bericht „operative Prozesse nicht mehr stabil umsetzbar“ – es drohen Verspätungen. Ab 2022 soll zudem mitten auf dem Flughafengelände ein neuer Terminal gebaut werden, um

mindestens weitere 12 Millionen Passagiere bewältigen zu können. „Durch das schnelle Wachstum wird es immer schwieriger, die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen“, heißt es im Bericht. Im Bundesverkehrsministerium wächst die Skepsis, ob nach der BER-Eröffnung auf den Airport Tegel verzichtet werden kann: „Die Betreiber glauben an ihre eigenen Pläne nicht“, heißt es. Am 24. September stimmen die Berliner ab, ob Tegel offen bleiben soll. gt

Bundespolizei Massiv überlastet

Die Bundespolizei hat in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 2,4 Millionen Überstunden angehäuft – ein Zuwachs um 35 Prozent seit Januar. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor. Mit 56 Prozent war der Anstieg bei der Bereitschaftspolizei am höchsten, was durch Großereignisse wie den G-20-Gipfel in Hamburg zu erklären ist. „Dies zeigt,

dass die Bundespolizei viel zu wenig Personal hat, um ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen“, sagt Jörg Radek, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei. Trotz Personalmangels sollen die Aufgaben der Bundespolizei erweitert werden: Erst im Sommer wurden 1552 Beschäftigte in einer Abteilung zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität gebündelt. Die Cyberabwehr könnte laut Antwort der Regierung ebenfalls zu den künftigen Aufgaben der Bundespolizei ge-

hören, da sich der Grenzschutz auch auf den „Ätherraum“ beziehe. Irene Mihaľic, die innenpolitische Sprecherin der Grünenfraktion, warnt vor einer Konkurrenz für das Bundeskriminalamt. „Das ist genau der Weg, wie chaotische Doppelzuständigkeiten entstehen, spätestens wenn wir zwei konkurrierende Kriminalpolizeibehörden auf Bundesebene haben“, sagt sie. „Wir brauchen das Gegenteil: eine effiziente Sicherheitsarchitektur mit eindeutig definierter Verantwortung.“ kno

Rechtsextremisten NPD will Staatsgeld

Mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht will die rechtsextreme NPD erreichen, dass sie weiterhin finanzielle Unterstützung vom Staat erhält. Wie ein Gerichtssprecher bestätigte, ging in dieser Woche ein entsprechender Antrag der Partei in Karlsruhe ein. Die Klage richtet sich gegen einen im Juni gefassten Beschluss des Bundestags zur Änderung des Grundgesetzes. Demnach sollen verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden. Seit Jahren hat die NPD mit den Folgen einer Spendenaffäre und diverser Finanzskandale zu kämpfen. Ohne Staatsgeld wäre die Kleinpartei kaum überlebensfähig: Laut NPD-Rechenschaftsbericht betrug der Anteil staatlicher Mittel an den Gesamteinnahmen zuletzt fast 49 Prozent. Größere Spenden von externen Gönnern oder finanzkräftigen Altnazis tauchen in dem Bericht dagegen nicht mehr auf. hip, srö

Reparaturen Gabriel weist Polen zurück

Die polnischen Reparationsforderungen für die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs gefährden nach Ansicht von Außenminister Sigmar Gabriel die deutsch-polnischen Beziehungen. „Reparationsforderungen wären ein Versuch, das über die Jahre gewachsene enge und gute Verhältnis zwischen Deutschland und Polen einzutrüben“, sagt der SPD-Politiker. Die Bundesregierung sei gut beraten, „jetzt ganz ruhig zu bleiben“. Nie seien die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik besser gewesen, nie die Menschen sich näher gewesen als heute. Gabriel: „Wir wollen, dass das so bleibt.“ flo, sev